

Ausweitung mit dem Ziel der Etablierung von Standards für eine globale Grund-  
sicherung. Diesen Umbau verorten wir zwischen Reformbestrebungen und  
radikaler Neuorientierung, was als Quintessenz der Beschäftigung mit wohl-  
fahrtsstaatlichen Systemen im Schlusskapitel wieder aufgenommen wird.

---

## 2 Gliederung

Der Band folgt einer Prozesslogik. Den Einstieg bilden theoretische Annäherungen  
an den Gegenstand (*Die Klärung einiger Grundlagen*), die auch methodologische  
Reflexionen zur Rolle der Forschung sowie eine Agenda für zukünftige Solidari-  
tätsforschung beinhalten. Sodann werden *alte und neue Formen von Gemein-  
schaft und Solidarität* (Teil II) in ausgewählten Feldern diskutiert. Mit der Arbeit  
als Kern der Organisation, Integration und Finanzierung heutiger Wohlfahrts-  
politiken befasst sich der Teil *Krisenfeld Arbeit*, der unter Defizitaspekten hohen  
Reformbedarf aufweist. Der folgende Teil schält zentrale politische, soziale und  
kulturelle *Herausforderungen für den Wohlfahrtsstaat* heraus und fokussiert auf  
Mechanismen der sozialpolitischen Einflussnahme. Diese stellen Bezugspunkte  
für künftige wohlfahrtsstaatliche Solidaritätsformen dar, denen im letzten Teil  
(*Wege aus dem Zugzwang*) aus unterschiedlichen Perspektiven nachgespürt wird.  
Im Schlusskapitel werden die Leitthemen der Universalisierung von Sozialrechten  
und der damit verbundenen Demokratisierung, sowie die Ausweitung von Grund-  
ansprüchen jenseits von nationalstaatlichem Denken in einem allseits offenen Dis-  
kurs reflektiert.

---

## 3 Die fünf Buchteile im Detail

Der *erste Teil* des Bandes ist theoretischen Grundlagen gewidmet. *Tranow* und  
*Schnabel* unternehmen den Versuch, den Sozialstaat als normenbasiertes Soli-  
dararrangement zu rekonstruieren. *Rieger* reflektiert die Rolle der Soziologie und  
Sozialpolitik, welche sich auf der Folie expliziter Wertprämissen an der rationa-  
len Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse beteiligen sollten.

Der Fokus auf gemeinwohlorientiertes Handeln legt es nahe, sich der Solidari-  
tät des Sozialstaats handlungstheoretisch zu nähern und sich zunächst mit den  
kulturell-normativen Grundlagen von Solidarität auseinander zu setzen. Sozial-  
staatlichkeit zielt nach *Tranow* und *Schnabel* darauf ab, die für demokratische  
Gesellschaften wesentlichen Güter der Verteilungsgerechtigkeit und sozialen  
Sicherheit zu gewährleisten. Ausgangspunkt ist die Vorstellung, dass Solidarität,

einen Mechanismus zur Lösung von Problemkonstellationen bezeichnet, die im Zusammenhang mit der Realisierung von Gemeinwohlzielen (potenziell) in sämtlichen Sozialitäten auftreten: Es sind dies Kollektivgut-, Verteilungs-, Unterstützungs- und Loyalitätsprobleme. Durch die Institutionalisierung der Solidarnormen gelingt es, Normen von der individuellen Ebene auf eine soziale Ebene zu verlagern. Normen und vor allem auch Werte sind die Bezugsgrößen, auf die sich *Elmar Rieger* bezieht. Mit Rückgriff auf Max Weber vermisst er an den heutigen sozialwissenschaftlichen Diskursen eine idealistische Dimension und explizite Wertprämissen, aufgrund derer konkrete Ideen zu erörtern wären. Dies illustriert er am Beispiel des bedingungslosen Grundeinkommens. Anhand der Rekonstruktion einer systematischen Verbindung von Soziologie und Sozialpolitik schlägt er vor, Wertideen und einem rationalistischen Gesellschaftsverständnis wieder vermehrt Aufmerksamkeit zu schenken. Denn solange es galt die „Soziale Frage“ zu lösen, haben sich Soziologie und Sozialpolitik gemeinsam „um die rationale Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse auf der Grundlage wissenschaftlich reflektierter Wirklichkeitserkenntnis und einer kritischen Wirklichkeitsbewertung auf der Folie explizit gemachter Wertprämissen“ (S. 44) bemüht. Diese Qualitäten nimmt der Autor in der aktuellen Wohlfahrtsstaatsforschung nicht mehr wahr, sodass Sinn und Zweck der Soziologie als Aufklärung der Bürger\_innen über die Eigenart ihrer sozialen Ordnung entfällt. Riegers pessimistischer Schluss lautet: Indem Bürger\_innen nicht mehr in die Lage versetzt werden, „auf der Basis wissenschaftlicher Kenntnisse die gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Existenz“ (S. 43) gestalten zu können, wird die moderne Gesellschaft als autonom gestaltete Ordnung gefährdet.

Bindeglied zwischen dem ersten und dem zweiten Teil bildet der Beitrag von *Ernest Albert*, der ebenfalls von einer modernisierungstheoretischen Warte aus die Bedeutungszunahme garantistisch geprägter Sozialpolitik aufzeigt. Er interpretiert diese als Ausdruck eines langfristigen Entmischungsprozesses freier und verbindlich-garantierender Solidaritätsformen, die sich von auf Moralität in traditionell Macht reproduzierenden Funktionalisierungsformen und Aggregatzuständen entkoppelt haben. Dabei zeigt er auf, wie sich die Grundeinkommensidee in der Moderne selbst mehrmals transformiert und dabei befähigt hat, heute in Europa Sozialpolitik mitzugestalten. Die wohlfahrtsstaatliche Option eines bedingungslosen oder garantierten Grundeinkommens (BGE) bleibt zwar immer noch realitätsfremd gerahmt, befindet sich aber bereits in der politischen, lebenspraktischen und wirtschaftlichen Experimentierphase. Am Beispiel der politischen Debatte zur Volksinitiative in der Schweiz zur Einführung eines BGE erörtert Albert schließlich, wie ein wohlfahrtsstaatliches Modell aussehen könnte, das garantistisch, universalistisch die gesamte Bevölkerung einbezieht und von der Erwerbsarbeit entkoppelt ist.

Im Kontrast dazu werden im *zweiten Teil* des Buches vertraute Formen von Gemeinschaft und Solidarität im privaten und öffentlichen Bereich diskutiert. In drei Feldern – Generationen und Familie bzw. Familienpolitik, Wohnen, Gewerkschaften – werden dazu thematische Fallstudien vorgestellt. Dabei stellt sich stets die Frage, wie sehr die beobachteten solidarischen Formen mit dem sozialen Wandel Schritt gehalten haben und tauglich sind, aktuelle und künftige Problemlagen zu meistern.

*Beat Fux* thematisiert den institutionalisierten wirtschaftlichen Ausgleich zwischen den Generationen und die Bedeutung der Kinderlosigkeit. Ausgehend von der Diskussion um den Verzicht auf eigene Kinder als mögliches unsolidarisches Verhalten gegenüber der Gesellschaft, das den Generationenvertrag in Bedrängnis bringt, befasst sich der Autor mit der langfristigen Entwicklung von Kinderlosigkeit und zeigt auf, dass die „neue“ Kinderlosigkeit in der langfristigen Entwicklung eher die Regel als die Ausnahme darstellt, während die niedrige Prävalenz der Kinderlosigkeit in der Babyboom-Phase als Ausnahmesituation zu bewerten ist. Die Zunahme kinderloser Lebensformen hängt denn auch seit Beginn des zweiten demografischen Übergangs weniger mit hedonistischen Werthaltungen als mit dem Aufschieben der Geburten zusammen und kann daher mit makrosoziologischen Faktoren wie der Bildungsexpansion oder der Erwerbsintegration von Frauen in Zusammenhang gebracht werden, wobei nationale Familienpolitiken, die sich um einen effektiven Leistungsausgleich bemühen, den Entscheid für Kinder günstig beeinflussen. Unter dem Aspekt der Vergemeinschaftung im Alltag gilt festzuhalten, dass sich Kinderlose im Vergleich zu Vätern und Müttern bei Hilfeangeboten und Unterstützungsleistungen ähnlich solidarisch verhalten, auch wenn sich ihre Netzwerke unterscheiden.

Im dritten Beitrag geht *Doris Baumgartner* der Frage nach, unter welchen Bedingungen gemeinschaftliches Wohnen einen Beitrag zur Sozialintegration leisten kann und dadurch Teil einer umfassenden Sozialpolitik wird. Das gemeinschaftliche Wohnen kann als noch weitgehend unerschlossenes Terrain der Vergemeinschaftung begriffen werden, das sich von der Konzeption einer sozial kontrollierenden Nachbarschaft abgrenzt, wie sie René König (1958) für die Nachkriegszeit als Soziotop oder ‚fait social total‘ beschrieb. Die Autorin zeichnet die Entwicklung des heutigen gemeinschaftlichen Wohnens nach, das auf der Verschränkung zweier historischer Traditionen (wohnreformerische Genossenschaftsbewegung und sozialutopische Wohnvorstellungen) basiert und rekonstruiert die Zweipoligkeit zwischen – meist ökonomisch begründetem – Zwang einerseits und zivilgesellschaftlichem Wille zur Vergemeinschaftung andererseits. Entgegen einem rückwärtsgewandten Diskurs von Gemeinschaftlichkeit lassen sich die in den neuen Gemeinschaftsformen geltenden

Sozialnormen zusammen mit der doppelten Einbindung der Individuen als weiteren Modernisierungsschritt begreifen, der auf sozialer Sicherung gründend Selbstbestimmtheit und Verpflichtung positiv miteinander verknüpft. An zwei zeitgenössischen Wohnsiedlungen in Zürich wird das freigesetzte Autonomiepotenzial exemplarisch aufgezeigt und der Mehrwert gemeinschaftlicher Siedlungsstrukturen für die Gesellschaft diskutiert.

Eine der einflussreichsten ‚alten‘ Formen von Solidarität stellt schließlich die gewerkschaftliche Solidarität dar, deren Anpassungsleistung an neue Erfordernisse sowie der aktuelle Reformbedarf interessieren. *Sebastian Schief* fragt in seinem Beitrag nach der Bedeutung der gewerkschaftlichen Solidarität im 21. Jahrhundert. Der Autor beschäftigt sich mit den zentralen Elementen für eine moderne gewerkschaftliche Solidarität und rückt Handlungsaspekte wie die Konfliktfähigkeit über Streikmaßnahmen (kämpferische Solidarität), Universalität (internationale Solidarität) und allgemeine soziale Sicherung (sozialpolitische Solidarität) ins Zentrum, während er den Institutionalisierungsaspekten weniger Gewicht beimisst. Damit rückt der Autor die moderne gewerkschaftliche Solidarität in die Nähe von neuen sozialen Bewegungen im realen und virtuellen sozialen Raum, zu denen sich zahlreiche Parallelen finden lassen.

Damit der Staat zum solidarischen Ausgleich unterschiedlicher Lebenschancen und zur Integration seiner Bürger\_innen beitragen kann, ist er auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Wirtschaft in enger Koppelung mit der erwerbstätigen Bevölkerung angewiesen. Der *dritte Teil* des Sammelbandes befasst sich daher mit Arbeit, ihrer Organisation und der Entwicklung der Arbeitswelt, die über die Besteuerung von Erwerbsarbeit, Lohnersatzleistungen und die Absorptionsmöglichkeiten des Arbeitsmarkts unmittelbar mit der Sozialpolitik verknüpft ist. Geriet das Feld der Arbeit in der Vergangenheit in eine Krise, war der Sozialstaat jeweils umso mehr gefordert. Deshalb schlagen sich Krisen auf dem Feld der Arbeit auf das Reformvermögen der sozialstaatlichen Sicherung nieder. Zur Debatte steht, ob und inwieweit die an der Erwerbsarbeit aufgezäumte Sozialpolitik heute noch genügend potent ist, um neue Risiken abzudecken, die dadurch entstehen, dass der technologische Fortschritt veränderte Arbeitsmärkte produziert und Erwerbspersonen durch entscherte Arbeitsverhältnisse nicht mehr vollständig integriert sind. Zudem steht die zunehmende Asymmetrie der Arbeitsverteilung und der Arbeitszeiten im Zentrum, welche die Gesellschaft in Integrierte und Ausgeschlossene spaltet.

Die drei Beiträge zu dieser Thematik eint auf der einen Seite ihre inhaltliche Bezüge zur Prekarisierung, die sich sowohl auf Arbeitsbedingungen wie auf Statusunsicherheit und -verlust einzelner Bevölkerungsgruppen und damit einhergehend auf die soziale Sicherheit erstreckt, sowie ihr kritischer Bezug auf die

jeweilige Datenlage. Auf der anderen Seite vermögen sie aktuelle sozialpolitische Herausforderungen multiperspektivisch in den Blick zu nehmen. *Nicole Mayer-Ahuja* entwickelt anhand der Institutionalisierungsgeschichte des so genannten „Normalarbeitsverhältnisses“ (NAV) Ansatzpunkte für eine Revitalisierung des NAV und plädiert für die Etablierung neuer universeller Normen für „gute Arbeit“. Während sie den Blick auf die Integration der lohnabhängigen Beschäftigten lenkt, richtet *Peter Streckeisen* sein Augenmerk auf die durch Prekarisierung entstandenen ergänzenden Arbeitsmärkte, die – wesentlich vom Staat gefördert – sich durch „Arbeit um jeden Preis, aber ohne Qualität“ auszeichnen. Im Beitrag von *Doris Baumgartner* verbindet sich die Institutionalisierungsperspektive mit einer auf korporatistischen Strukturen verharrenden äußerst machthaltigen Akteurperspektive, die zu erklären vermag, weshalb ein Teil der älteren Erwerbspersonen als überzählig vorzeitig aus dem Arbeitsmarkt ausscheidet.

Am „Normalarbeitsverhältnis“, das sich unter den spezifischen zeit-räumlichen Bedingungen der Nachkriegsjahrzehnte herausbildete und zugleich Ausdruck einer weltweiten Tendenz zur Formalisierung und sozialpolitischen Absicherung von Lohnarbeit war, arbeitet *Nicole Mayer-Ahuja* den empirischen Bedeutungsverlust und die Aushöhlung der normativen Standards seit den 1980er-Jahren heraus und stellt der These des Normalarbeitsverhältnisses als kurzes Intermezzo der Nachkriegszeit die Gegenthese der Entwicklung eines revitalisierten, auf eine neue emanzipatorische Politik der Arbeit gerichteten Arbeitsverhältnisses gegenüber. Aufgrund eines breiten Konsenses über „gute Arbeit“ zieht sie einen optimistischen Schluss für die Umgestaltung der Arbeit mit universellen Normen, die allen Lohnarbeitenden humanere Arbeitsbedingungen verschafft, sodass den gegenwärtigen neoliberalen Politiken der Prekarisierung Einhalt geboten wird.

Lässt sich der Abschied vom Normalarbeitsverhältnis bzw. eine mögliche Revitalisierung in Form eines Paktes „für gute Arbeit“ ambivalent als Chance für Öffnung und den Einschluss zusätzlicher Gruppen auf dem Arbeitsmarkt wie als Risiko der Entsicherung von Arbeitsverhältnissen lesen, dann steht im Beitrag von *Peter Streckeisen* die latente gesellschaftliche Entwicklung hin zu unzureichend abgesicherten Arbeitsverhältnissen im Zentrum, die neben vormals politisch regulierten Arbeitsverhältnissen auch die Regulation im ergänzenden Arbeitsmarkt umfasst. Indem der Sozialstaat von nahezu allen Leistungsbezieher\_innen verlangt, sich ungeachtet ihrer Möglichkeiten auf dem jeweiligen Teilarbeitsmarkt wirtschaftlich produktiv zu betätigen, setzt die aktivierungsorientierte Politik die Betroffenen abermals den ökonomischen Gesetzen des Markts aus, ohne ihnen gleichzeitig die Chance eines regulären und barrierefreien